Branche Panorama

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **102 (2011)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BRANCHE **PANORAMA**

«Versorgungssicherheit ermöglichen»

Die Schweizer Verbände der Energieträger Strom, Erdgas und Erdöl haben zehn gemeinsame Hauptanliegen der Energiewirtschaft formuliert:

- Die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung setzen Gesellschaft und Politik. Aufgabe der Energiewirtschaft ist die Versorgungssicherheit.
- Es braucht verlässliche langfristige Rahmenbedingungen, um Versorgungssicherheit zu ermöglichen.
- Der Wandel zu mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz ist eingeläutet und wird von der Energiewirtschaft unterstützt. Die Transition wird aber mehrere Jahrzehnte dauern.
- Strom wird knapper und teurer werden. Volkswirtschaftlich macht einzig Stromproduktion im Inland Sinn.
- Die Sistierung der KKW-Rahmenbewilligungsgesuche erfordert Ersatzlösungen. Wahrscheinlich ist der Zubau einiger Gaskraftwerke unumgänglich.
- Die Erdgaswirtschaft ist in der Lage, bei Bedarf einen zusätzlichen Teil der Stromproduktion sicherzustellen.
- Einen Umbau der Stromversorgung muss sich das Land volkswirtschaftlich leisten können. Dies bedeutet: Keine vorzeitige Ausserbetriebnahme von KKWs.
- Die Schweiz erhält eine neue Aufgabe als «Ökobatterie» Europas. Dies bedingt genügend heimische Stromproduktionsanlagen und mehr Netzkapazitäten.
- Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist wahrscheinlich Voraussetzung für eine tragfähige Einbettung ins europäische Energieumfeld.
- Das CO_2-Gesetz muss die Anrechenbarkeit von freiwilligen Massnahmen und den internationalen Emissionshandel weiterhin zulassen. Mn

Axpo

Einigkeit in der Energiewirtschaft: Strom muss aus dem Inland stammen (Bild: Stausee Nalps).

Landis+Gyr wird von Toshiba übernommen

Landis+Gyr, Anbieter von Stromzählersystemen und Advanced Metering Management, hat gemäss Mitteilung vom 19. Mai mit Toshiba Corporation eine Verkaufsvereinbarung abgeschlossen. Demnach übernimmt die japanische Toshiba-Gruppe den in Zug beheimateten Konzern für 2,3 Mia. Dollar in bar. Ziel sei, zum weltweiten Leader bei Smart Grids zu werden. Mn

EGL schliesst Rahmenvertrag für Gastransport durch Türkei

Die EGL hat mit dem türkischen Staatsunternehmen Botas eine Grundsatzvereinbarung unterzeichnet, welche unter anderem die Rahmenbedingungen für den Transport von Erdgas durch die Türkei regelt. Die Vereinbarung erlaube es, nun die entsprechenden Transitrechte auszuhandeln. EGL plant, bedeutende Erdgasmengen von Aserbaidschan über die Türkei via die Trans Adriatic Pipeline (TAP) nach Europa zu exportieren. Mn

Bundesrat gegen Ausschreibung der Netz- und Wasserkonzession

Der Bundesrat begrüsst den Entwurf zur Änderung des Wasserrechts- und Stromversorgungsgesetzes, den die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats ausgearbeitet hat. Dieser stellt klar, dass für die Vergabe der Konzessionen für Stromnetze und die Wasserkraftnutzung keine Ausschreibungspflicht besteht. Mn

Politik im Banne der Elektrizitätserzeugung

Leserbrief

Wir passieren momentan eine energietechnisch sehr brisante, lehrreiche Zeitspanne. Es lohnt sich, genau hinzusehen. Die Folgekosten der Alternativenergien türmen sich himmelhoch. Energielöcher sind erkennbar, und politisch bedingt läuft die Zeit davon.

Im Fotovoltaik- und Windkraftanlagen-Geschäft redet man lieber von der installierten Leistung als vom Wirkungsgrad und vom Verfügungsgrad. Das hat seine Gründe. Die negativen Eigenschaften sind zu unterdrücken. Bei Fotovoltaik- und Windkraftanlagen sind die Wirkungsgrade natur- und technisch bedingt sehr tief. Folglich müssten Abertausende Anlagen den mageren Energieertrag ausgleichen. Ohne Speicherung sind alternative Energien nichts wert und bleiben Hilfsstromquellen. Jedes Kilowatt Solar- und Windstrom muss durch ein herkömmliches Grosskraftwerk gepuffert werden. Somit ist nur ein Verbundbetrieb mit Grosskraftwerken möglich.

Daher können Fotovoltaik- und Windkrafteigner für eine unterbruchslose Energieversorgung keine Verantwortung übernehmen. Schon das ist nur eines der Privilegien. Wer schafft die Speicherseen? Wer baut und unterhält Puffer- und Bandenergiekraftwerke? Wer bezahlt den Netzausbau und so weiter? Die Kosten müssten eigentlich die privaten Fotovoltaik- und Windkrafteigner mittragen. Davon sind sie aber vom Gesetzgeber verschont. Die Elektrizitätswirtschaft denkt und handelt europäisch. Was sagt die alternative Politik dazu, wenn sich die EU entschliesst, in unseren Bergen Speicherseen zu finanzieren? Die Flachländer haben nun einmal keine anderen Möglichkeiten. So weit muss es kommen, dürfen in Europa Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke nicht mehr rauchen. Es darf aber auch nicht sein, dass die Schweiz mit unwirtschaftlichen Anlagen verbaut wird. Es ist wirklich Zeit, dass etwas kühler, technischer an die Sache herangegangen wird. Es muss auch nicht auf jede provokative Frage aus dem Stand geantwortet werden. Max Matt, 9450 Altstätten